

Chronologie

September / Oktober*

September

1.–3.9. Unter dem Motto „construire ensemble“ findet in Marseille die Sommeruniversität der Union pour un Mouvement Populaire (UMP) statt. Innenminister Nicolas Sarkozy fordert in seiner vor allem an die Jugend gerichteten Rede einen Bruch mit der derzeitigen Politik. Er spricht sich für die Rückkehr zu einer „Schule des Respekts“ aus und schlägt die Einführung eines obligatorischen sechsmonatigen Zivildienstes für alle Franzosen zwischen 18 und 30 Jahren vor. Der Präsident der Nationalversammlung und Anhänger des Staatspräsidenten Jacques Chirac, Jean-Louis Debré (UMP), unterstreicht nach der Rede von Sarkozy, dass die Ernennung des Kandidaten der UMP weiterhin offen sei.

2.9. Im *Journal officiel* wird das Dekret zur Einführung des „Vertrags über elterliche Verantwortung“ veröffentlicht, durch den Eltern auffälliger Kinder künftig stärker für deren Verhalten in der Schule verantwortlich gemacht werden können. Sie sollen dafür sorgen, dass ihre Kinder sich im Unterricht ordnungsgemäß verhalten und nicht fehlen. Halten sich die Eltern nicht an den auf sechs Monate angelegten Vertrag, droht ihnen die Kürzung von Sozialleistungen.

4.9. Das Strafgericht in Lille verurteilt den französischen Industriekonzern Alstom zu einer Geldstrafe von 75 000 Euro, weil Alstom seine Mitarbeiter am Standort Lys-lez-Lannoy (Nord) zwischen 1998 und 2001 krebserregenden Asbestdämpfen ausgesetzt habe. Zudem muss das Unternehmen jedem der 150 Angestellten eine Entschädigung von 10 000 Euro zahlen. Der damalige Alstom-Chef Bernard Gomez wird zu einer Bewährungsstrafe von neun Monaten und einer Geldstrafe von 3 000 Euro verurteilt. Er kündigt an, Revision gegen das Urteil einzulegen.

4.9. Laut Finanzministerium müssen etwa 250 000 der insgesamt 1,5 Millionen Personen, die monatlich zusätzlich zu

ihrem Niedriglohn die so genannte Beschäftigungsprämie beziehen, einen Teil oder sogar die gesamte Summe zurückzahlen, die sie seit Beginn des Jahres 2006 erhalten haben. Betroffen von der Rückzahlung seien die Personen, die seit Januar entweder eine Gehaltserhöhung bekommen oder ihren Arbeitsplatz verloren hätten, so dass ihnen die Prämie nicht mehr zustehe. Bis 2005 war die Zahlung der Beschäftigungsprämie, die als Anreiz zur Aufnahme von Arbeit eingeführt worden war, am Ende des Sommers erfolgt; die Umstellung auf monatliche Zahlungen wird als Ursache für die nun aufgetretenen Verwirrungen angesehen.

7.9. Die Aktionäre von Alcatel und Lucent Technologies stimmen der geplanten Fusion ihrer Unternehmen zu einem Telekommunikationskonzern mit einem geschätzten Umsatz von 18,6 Milliarden Euro und knapp 90 000 Angestellten zu. Durch die Fusion der französischen Alcatel und der amerikanischen Lucent entsteht das zweitgrößte Unternehmen in der Telekommunikationsbranche hinter der amerikanischen Firma Cisco.

8.9. In Abidjan (Elfenbeinküste) trifft eine sechsköpfige französische Expertengruppe ein, die vor Ort die Mitte August im Hafen abgeladenen und auf mehreren öffentlichen Depo-nien der iverischen Hauptstadt verteilten Giftmüllbestände untersuchen und bei der Schadensbewältigung helfen soll. Bei ihrem Besuch des westafrikanischen Staates bezeichnet die beigeordnete französische Ministerin für internationale Zusammenarbeit, Brigitte Girardin, den Skandal um den illegal entsorgten Chemiemüll als „nicht akzeptabel“ und „kriminell“. Bisher sind drei Personen gestorben, etwa 5 000 leiden an Vergiftungserscheinungen. Woher der hochgiftige Müll genau stammt, ist noch unklar.

8.9. Der seit neun Jahren an der Spitze des Automobilkonzerns PSA Peugeot-Citroën stehende Jean-Martin Folz kündigt an, dass er im Januar 2007 in den Ruhestand treten wird. Ein

* Zusammengestellt vom Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

Nachfolger für die Position des Vorstandsvorsitzenden des angeschlagenen Konzerns werde noch vor Jahresende bekannt gegeben.

9.9. Die ersten rund 200 französischen Soldaten treffen im Rahmen der UNO-Mission Unifil in Beirut ein, um die Blauhelmtruppen im Südlibanon zu verstärken und damit die Voraussetzungen für einen vollständigen Abzug der israelischen Truppen aus der Region zu gewährleisten. Weitere 700 französische sowie 900 spanische Soldaten werden noch erwartet.

9.–12.9. Innenminister Sarkozy reist in die USA, um dort mit der amerikanischen Regierung und Vertretern der Opposition zusammenzutreffen und den fünften Jahrestag der Attentate vom 11. September 2001 zu begehen. In seiner Rede vor der French American Foundation spricht er sich für bilaterale Beziehungen „ohne Arroganz und sonstige Inszenierungen“ aus. In einem vor der Reise in *Le Monde* gegebenen Interview hatte Sarkozy bereits das Verhalten des damaligen Außenministers de Villepin im Irak-Konflikt kritisiert und die im Einverständnis mit Staatspräsident Chirac erfolgte Androhung, im Sicherheitsrat von seinem Vetorecht Gebrauch zu machen, um eine militärische Intervention der Amerikaner im Irak zu verhindern, als „überflüssig“ bezeichnet.

11.9. In Paris beginnt der Prozess um die Fälschung der Wählerlisten bei den Kommunalwahlen der Jahre 1989–1995 durch Politiker aus dem bürgerlichen Lager. Zu den Hauptbeschuldigten zählen Jacques Dominati, ehemaliger stellvertretender Bürgermeister von Paris und Vertrauter von Jacques Chirac, sowie seine beiden Söhne, der Berater der UMP Laurent und der Senator Philippe Dominati. Ihnen wird vorgeworfen, etwa 300 Freunde und Bekannte in den Jahren 1989–1995 dazu überredet zu haben, sich unter Angabe eines falschen Wohnortes in die Wahllisten des dritten Pariser Arrondissements einzutragen, um die Kandidatur von Jacques Dominati zu unterstützen.

12.9. Laut der von der OECD veröffentlichten Studie „Bildung auf einen Blick“ gibt Frankreich mit etwa 8 000 Euro pro Gymnasiast 20 Prozent mehr aus als der Durchschnitt der OECD-Länder im Sekundärbereich. Allerdings ist der Anteil der Schüler, die eine Klasse wiederholen müssen, in Frankreich mit 40 Prozent aller 15-Jährigen mit Abstand am höchsten. Der OECD-Durchschnitt liegt bei lediglich 13 Prozent. Nach der Studie verlassen zudem mehr als ein Fünftel aller französischen Studenten den tertiären Bildungsbereich ohne Abschluss.

13.9. Staatspräsident Chirac eröffnet in Paris die von ihm initiierte Konferenz „Kulturatelier Europa – Mittelmeer – Golfregion“, die der Förderung des interkulturellen Dialogs und der Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses zwischen den drei Regionen dienen soll. Die knapp 200 Beteiligten aus Universitätskreisen, Religionsgemeinschaften und Staatsverwaltungen der verschiedenen Länder diskutieren über Identität und Werte, Spannungen zwischen Kulturen, Religion, Bildung und Medien. Für das Jahr 2007 sind weitere Treffen in Sevilla und Alexandria geplant.

16.9. Die potenziellen Präsidentschaftskandidaten der Sozialisten stellen sich in Lens den Fragen der Parteimitglieder des Départements Pas-de-Calais. Neben Ségolène Royal, der Präsidentin der Region Poitou-Charentes und klaren Favoritin in den Umfragen, und den ehemaligen Premierministern Lionel Jospin und Laurent Fabius werden Dominique Strauss-Kahn, Jack Lang und Martine Aubry als mögliche Kandidaten gehandelt. Royal, die von Fabius kritisiert wird für ihren Vorschlag, die Wohnortbindung bei der Wahl der Schule zu lockern, verlässt das Treffen unmittelbar nach ihrer Rede, um in Madrid mit dem spanischen Regierungschef Zapatero zusammenzutreffen.

18.9. In einem Interview auf dem Radiosender Europe 1 übt Staatspräsident Chirac deutliche Kritik an den jüngsten Vorschlägen von Innenminister Sarkozy zur Abschaffung der „carte scolaire“ und der Reform des Rentensystems sowie an dessen Positionen zu den französisch-amerikanischen Beziehungen und dem Zeitplan der Einsetzung eines Präsidentschaftskandidaten durch die UMP. Chirac selbst wolle sich zu Beginn des Jahres 2007 äußern, ob er für eine dritte Amtszeit kandidieren werde. Er warnte vor einer zu früh beginnenden Wahlkampagne.

18.–19.9. Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie besucht in Beirut die französischen Soldaten, die als Voraustruppe im Rahmen der UNO-Mission Unifil im Libanon stationiert ist. Außerdem trifft sie mit dem libanesischen Verteidigungsminister und dem Premierminister zusammen, um über die Militärkooperation zwischen beiden Ländern zu sprechen. Dabei stellt sie mögliche Lieferungen von Helikoptern und gepanzerten Fahrzeugen in den Libanon in Aussicht.

20.9. Einen Tag nachdem im Pariser Vorort Corbeil-Essonnes zwei Bereitschaftspolizisten von einer Gruppe Jugendlicher angegriffen und schwer verletzt worden waren, übt Innenminister Sarkozy scharfe Kritik an der Justiz. Seiner Meinung

nach greife sie gegenüber jugendlichen Straftätern noch immer nicht hart genug durch. Der Präsident des Kassationsgerichts, Guy Canivet, beklagt daraufhin Sarkozys „Angriff auf die Unabhängigkeit der Justiz“. Vor drei Monaten hatte der Präfekt des Departements Seine-Saint-Denis, Jean-François Cordet, einen Brief an das Innenministerium geschrieben und auf die steigende Kriminalitätsrate in den Vororten hingewiesen.

22.9. Premierminister de Villepin und Bundeskanzlerin Merkel sprechen anlässlich des internationalen Forums der Bertelsmann-Stiftung in Berlin über ihre Vorstellungen von der Zukunft Europas. Merkel unterstreicht in ihrer Rede die Notwendigkeit eines europäischen Verfassungsvertrags und betont, dass die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 einen diesbezüglichen Fahrplan bis 2009 vorlegen werde. Im Zentrum der Rede de Villepins steht die Energiepolitik. Er setzt sich für die geplante Fusion zwischen dem französischen Gasversorger GdF und dem französisch-belgischen Konzern Suez ein und schlägt auf europäischer Ebene die Ernennung eines Zuständigen für die Energiepolitik vor. Außerdem regt er einen Energiegipfel während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft an, an dem neben den EU-Staaten auch die benachbarten gas- und erdölproduzierenden Länder wie Russland und Norwegen teilnehmen sollten.

22.9. Staatspräsident Chirac empfängt den russischen Präsidenten Putin im Elysée-Palast, um mit ihm über die Gas- und Erdölversorgung Europas zu sprechen. Nachdem die britisch-niederländische Royal Dutch Shell ihre Lizenz zur Nutzung der russischen Erdölreserven Anfang der Woche verloren hatte, waren Gerüchte laut geworden, dass dies nun auch dem französischen Mineralölkonzern Total drohe. Präsident Putin bezeichnet diese Gerüchte aber als „stark übertrieben“.

23.9. In Compiègne treffen Bundeskanzlerin Merkel, Staatspräsident Chirac und Präsident Putin zum deutsch-französisch-russischen Gipfel zusammen. Im Zentrum ihrer Gespräche stehen Fragen der Luft- und Raumfahrt. Russland hatte im Sommer knapp fünf Prozent der Aktien von EADS erworben und Mitte September den Wunsch geäußert, die Sperrminorität sowie einen Sitz im Aufsichtsrat zu erlangen. Dies war aber sowohl von den französischen als auch von den deutschen Stammaktionären abgelehnt worden. Vielmehr soll eine Kooperation zwischen der EADS-Tochter Airbus und dem russischen Konsortium OAK angestrebt werden. Weitere Themen sind die Verhandlungen über das iranische Atomprogramm, der Stabilisierungsprozess im Libanon und die Zukunft des Kosovo.

24.9. Innenminister Sarkozy unterzeichnet in Dakar ein Abkommen mit dem senegalesischen Innenminister Ousmane Ngom über eine bessere Steuerung des Einwandererstroms vom Senegal nach Frankreich. Im Mai hatte der senegalesische Präsident Abdoulaye Wade die von Sarkozy angestrebte „ausgewählte Immigration“ stark kritisiert und eine Abwanderung von Medizinern nach Europa befürchtet. Der nun unter dem Schlagwort der „abgesprochenen Immigration“ unterzeichnete bilaterale Vertrag beinhaltet vor allem generelle Bestimmungen. Der Senegal verpflichtet sich, den aus Frankreich abgeschobenen Asylbewerbern die Wiedereingliederung zu erleichtern, während Frankreich im Gegenzug die Erteilung von Visa an Geschäftsleute und Intellektuelle und den Aufbau von produktiver Arbeit im Senegal mit Subventionen in Höhe von 2,5 Millionen Euro unterstützen will.

25.9. Nach zwei Wochen Gefangenschaft werden die vier im Jemen entführten französischen Touristen wieder freigelassen. Sie waren am 10. September von Mitgliedern des Stammes al-Abdallah ben Daham entführt worden. Angehörige der gleichen Gruppe hatten bereits im Dezember 2005 die Familie des ehemaligen Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Jürgen Chrobog, entführt, diese aber nach wenigen Tagen wieder freigelassen. Im Gegenzug war ihnen damals die Freilassung inhaftierter Stammesangehöriger versprochen worden. Mit der Geiselnahme der französischen Touristen hatten sie dagegen protestieren wollen, dass das damalige Versprechen nicht eingelöst worden war. Die genauen Umstände der Freilassung der französischen Geiseln sind unbekannt.

25.9. Bei einem Treffen mit Kommissionspräsident Barroso in Brüssel spricht sich Premierminister de Villepin gegen den von Innenminister Sarkozy vorgeschlagenen „Minivertrag“ aus, der den gescheiterten EU-Verfassungsvertrag ersetzen soll. Nach Ansicht des Premierministers reiche es nicht aus, lediglich institutionelle Fragen zu klären. Vielmehr müssten auch Themen wie der Kampf gegen illegale Einwanderung oder die Förderung eines europäischen Energiemarktes behandelt werden, um das Vertrauen der Bürger in die europäische Integration zu stärken.

27.9. Der Conseil des ministres beschließt die Erhöhung der Pensionen der Kriegsveteranen aus Nordafrika, die während des Zweiten Weltkriegs in der französischen Armee gedient haben. Diese Entscheidung fällt zusammen mit dem Kinostart des Films „Indigènes“ von Rachid Bouchareb, der das Schicksal der afrikanischen Soldaten in der französischen Armee im Krieg beschreibt und auf die Ungerechtigkeit der im Vergleich

zu den französischen Veteranen deutlich niedrigeren Pensionen aufmerksam macht. Staatspräsident Chirac hatte den Film bei der Vorpremiere Anfang September gesehen und danach versprochen, eine Angleichung der Pensionen der afrikanischen Veteranen zu veranlassen. Mehr als 80 000 ehemalige Soldaten werden von der am 1. Januar 2007 in Kraft tretenden Erhöhung profitieren. Die dadurch entstehenden Kosten werden auf 110 Millionen Euro pro Jahr geschätzt.

27.9. Der libanesische Präsident Lahoud, der als enger Vertrauter Syriens gilt, beschuldigt Frankreich, für seinen Ausschluss von dem am 28.–29. September in Bukarest stattfindenden Gipfel der Frankophonie verantwortlich zu sein. Paris hätte aufgrund der gespannten Beziehungen zu Syrien Druck auf den Gastgeber Rumänien ausgeübt, damit dieser auf die Einladung des libanesischen Staatschefs verzichte. Frankreich bestreitet dies jedoch.

28.9. Der frühere sozialistische Premierminister, Lionel Jospin, wird nicht bei den Präsidentschaftswahlen 2007 kandidieren. Nachdem in den letzten Wochen über eine mögliche Kandidatur spekuliert worden war, begründet Jospin seinen Rückzug nun damit, dass er eingesehen habe, dass er die Sozialisten nicht hinter sich vereinen könne. Er wolle die Partei nicht noch zusätzlich spalten. Jospin lässt offen, welchen potenziellen Kandidaten er bei der Wahl durch die Parteimitglieder im November unterstützen werde. Sicher ist nur, dass es nicht Ségolène Royal sein wird.

29.9. Innenminister Sarkozy spricht sich bei dem interministeriellen Treffen der acht EU-Mittelmeeranrainerstaaten in Madrid zum Thema Immigration für einen „europäischen Pakt“ im Kampf gegen die illegale Einwanderung in den Schengener Raum aus. Er unterstreicht seine Abneigung gegen Masseneinbürgerungen, die seiner Meinung nach einen Anziehungseffekt für weitere Flüchtlinge zur Folge hätten. Die EU-Partnerstaaten müssten bei den Kontrollen der Seegrenzen und der Rückführung der Einwanderer in ihre Ursprungsländer an einem Strang ziehen.

29.9. Die französische Bank Société générale erhöht ihre Beteiligung am Kapital der zweitgrößten russischen Privatbank Rosbank von 10 auf 20 Prozent. Außerdem verfügt die Société générale über eine Kaufoption von weiteren 30 Prozent, so dass sie bis Ende des Jahres 2008 die Kontrolle über die russische Bank übernehmen könnte.

29.9.–1.10. Als erster französischer Staatspräsident stattet Chirac Armenien einen Besuch ab. Im Rahmen seiner Reise gedenkt er der 1915/16 an den Armeniern begangenen Massaker durch die Türken, bei denen etwa 1,5 Millionen Menschen ums Leben gekommen waren. Entgegen eines wenige Tage zuvor gefassten Beschlusses des Europäischen Parlaments vertritt Chirac die Meinung, dass die Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern eine Bedingung für den türkischen EU-Beitritt sein müsse. Das von den französischen Sozialisten geplante Gesetz über die Bestrafung der Leugnung des Völkermordes lehnt er aber ab.

Oktober

3.10. Die Nationalversammlung nimmt das umstrittene Energiegesetz der Regierung, dessen Kern die Privatisierung des staatlichen Gasversorgers GdF bildet, nach dreiwöchiger Debatte und mehr als 137 600 Änderungsanträgen mit 327 zu 212 Stimmen an. Die Privatisierung von GdF ist eine wichtige Voraussetzung für die von der Regierung angestrebte Fusion mit dem französisch-belgischen Konzern Suez. Bevor dieses Projekt realisiert werden kann, muss das Energiegesetz noch den Senat passieren. Außerdem ist die Zustimmung der Europäischen Kommission erforderlich.

3.10. Frankreich lehnt den iranischen Vorschlag, ein französisch-iranisches Konsortium zur Urananreicherung zu gründen und somit die Aktivitäten des Iran in diesem Bereich zu überwachen, ab. Außenminister Philippe Douste-Blazy betont, dass Iran seine Urananreicherung zunächst einstellen müsse, damit über einen derartigen Schritt verhandelt werden könne.

4.10. Premierminister de Villepin stellt seine monatliche Pressekonferenz unter das Motto „Nachhaltige Entwicklung – Umwelt – Innovation – Forschung als Quelle von Wachstum und Arbeit“ und präsentiert die von der Regierung im Rahmen eines „Nationalen Pakts“ anvisierten Maßnahmen in der Umweltpolitik. Dazu zählen die Vergabe von Billigkrediten für den Bau umweltfreundlicher Sozialwohnungen sowie die Schaffung einer „réserve naturelle“ in den französischen Antarktisgebieten.

5.10. In dem seit sieben Wochen andauernden Konflikt zwischen den ehemaligen Hausbesetzern von Cachan (Val-de-Marne) und der französischen Regierung kommt es zu einer Verhandlungslösung, nachdem Innenminister Sarkozy am Tag

zuvor die beteiligten Flüchtlingsorganisationen in die Verhandlungen einbezogen hatte. Das nun mit der Regierung getroffene Abkommen sieht die Bereitstellung von 158 Plätzen in sozialen Wohnheimen und Unterbringungszentren vor. Auslöser der Krise war die Mitte August von der Polizei angeordnete Zwangsräumung eines besetzten Studentenwohnheims in Cachan, in dem rund 1 000 vor allem schwarzafrikanische Zuwanderer zumeist ohne Aufenthaltsgenehmigung gelebt hatten. Aus Angst, abgeschoben zu werden, hatten die Bewohner die getrennte Unterbringung in anderen Unterkünften mehrheitlich abgelehnt und waren in eine bereitgestellte Turnhalle umgezogen, in der sie seitdem unter erbärmlichen Umständen gelebt hatten.

8.10. Premierminister de Villepin kündigt ein grundsätzliches Rauchverbot in allen öffentlichen Einrichtungen ab Februar 2007 an. Für Raucher sollen kleine, geschlossene Aufenthaltsräume bereitgestellt werden. Lediglich Cafés, Hotels und Restaurants sind von dem Verbot zunächst noch ausgenommen, voraussichtlich bis zum Jahr 2008.

9.10. Die von dem ehemaligen Bürgermeister Alain Juppé angeführte UMP-UDF-Liste erhält bereits im ersten Wahlgang der Kommunalwahlen in Bordeaux mit 56,24 Prozent die absolute Mehrheit der Stimmen. Juppé war im Dezember 2004 von seinem Amt als Bürgermeister zurückgetreten, nachdem er aufgrund der Verwicklung in die Korruptionsaffäre seiner Partei in den 1980er und 1990er Jahren zu 14 Monaten Haft auf Bewährung und einem Jahr Nichtwählbarkeit verurteilt worden war. Die Neuwahl des Stadtrats von Bordeaux war notwendig geworden, da die Mitglieder der UMP-Fraktion Ende August ihre Mandate niedergelegt hatten, um Alain Juppé eine Wiederwahl zu ermöglichen.

9.10. In dem seit über zehn Jahren andauernden Rechtsstreit zwischen dem Geschäftsmann und ehemaligen Minister Bernard Tapie und der vormals staatlichen Bank Crédit Lyonnais annulliert das Kassationsgericht als höchste zivilrechtliche Instanz das Urteil des Berufungsgerichts, das im September 2005 eine Schadensersatzzahlung von 135 Millionen Euro durch Crédit Lyonnais an Bernard Tapie vorgesehen hatte. Das Berufungsgericht muss den Fall nun noch einmal aufrollen. Hintergrund ist der Kauf des Sportartikelherstellers Adidas durch Tapie im Jahr 1990. Vier Jahre später hatte Tapie Adidas an Crédit Lyonnais verkauft, der Adidas umgehend an den Industriellen Robert-Louis Dreyfus veräußerte. Tapie hatte sich übervorteilt gesehen und auf 990 Millionen Euro Schadensersatz geklagt.

9.10. Der Chef der EADS-Tochter Airbus, Christian Streiff, der erst im Juli die Nachfolge von Noël Forgeard an der Spitze des deutsch-französischen Flugzeugherstellers angetreten hatte, tritt von seiner Position zurück. Eine Woche zuvor hatte Streiff noch einen Sanierungsplan für Airbus vorgestellt und Möglichkeiten aufgezeigt, wie das Unternehmen die durch die erneute Lieferverzögerung des Großraumflugzeugs A 380 entstehenden Kosten von 4,8 Milliarden Euro durch Kosteneinsparungen und den Abbau von Stellen aufbringen könnte. In einem Interview mit der Zeitung *Le Figaro* führt Streiff als Grund für seinen Rücktritt die Unternehmenspolitik und -strukturen an, die es ihm nicht erlaubten, Airbus erfolgreich zu leiten. Nachfolger von Streiff wird der französische Co-Vorstandsvorsitzende von EADS, Louis Gallois, der von nun an sowohl an der Spitze von EADS als auch als Chef von Airbus agieren wird.

11.10. Die potenzielle Präsidentschaftskandidatin der Sozialisten, Ségolène Royal, stellt auf einer Pressekonferenz ihre Ideen in der Europapolitik vor und betont, dass der am Votum der Franzosen und Niederländer gescheiterte Verfassungsvertrag veraltet sei. Auch wenn sie sich für institutionelle Reformen ausspreche, um das Funktionieren der EU künftig zu gewährleisten, lehne sie den von Innenminister Sarkozy vorgeschlagenen „Minivertrag“ ab. Sie fordere hingegen eine zweijährige Debatte und die Erarbeitung eines neuen Verfassungsprojektes, das allen EU-Mitgliedstaaten am gleichen Tag zur Abstimmung vorgelegt werde. Zum EU-Beitritt der Türkei erklärte sie, dass ihre Position der Meinung des französischen Volkes entspreche.

12.10. Die Nationalversammlung nimmt mit 106 zu 19 Stimmen das umstrittene Gesetzesprojekt der Sozialisten an, das die Leugnung des armenischen Völkermordes im Osmanischen Reich 1915/16 unter Strafe stellt. Der von der Regierung kritisierte Gesetzestext, der nun noch den Senat passieren und von Staatspräsident Chirac unterzeichnet werden muss, um in Kraft zu treten, sieht für die Leugnung des Völkermordes Strafen von einem Jahr Gefängnis und einer Geldbuße von 45 000 Euro vor. Ankara reagiert empört und droht mit wirtschaftlichen Sanktionen. Trotz des Protestes der Türkei hatte Paris bereits im Jahr 2001 ein Gesetz erlassen, in dem die Massaker der Türken an den Armeniern als Völkermord eingestuft worden waren.

12.10. Unter dem Vorsitz von Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Chirac findet in Paris der 7. Deutsch-Französische Ministerrat statt. Im Zentrum des Treffens stehen neben

der im Januar 2007 beginnenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft die Themen Integration und Chancengleichheit sowie die europäische Wettbewerbsfähigkeit in den Bereichen Energie, Luft- und Raumfahrt, Forschung und Innovation. Die beiden Justizminister, Pascal Clément und Brigitte Zypries, unterzeichnen eine Erklärung zur Verstärkung der justiziellen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland, welche die Bildung gemeinsamer Ermittlungsgruppen bei grenzüberschreitenden Fällen ermöglicht.

14.10. Staatspräsident Chirac teilt dem türkischen Ministerpräsidenten Erdogan sein Bedauern über das von der Nationalversammlung beschlossene Gesetz über die Bestrafung der Leugnung des armenischen Völkermordes mit. Einen Tag zuvor hatte die Union der türkischen Konsumenten aus Protest gegen das Gesetz zu einem Boykott französischer Produkte aufgerufen.

17.10. Die drei potenziellen Präsidentschaftskandidaten der Sozialisten, Ségolène Royal, Dominique Strauss-Kahn und Laurent Fabius, treffen in der ersten von der Partei organisierten Fernsehdebatte aufeinander, bei der wirtschafts- und sozialpolitische Fragen wie die Erhöhung des Mindestlohns und die Verlagerung von Unternehmen ins Ausland im Mittelpunkt stehen. Ersten Umfragen zufolge geht der ehemalige Wirtschaftsminister Strauss-Kahn gestärkt aus dem Aufeinandertreffen hervor, Royal gilt aber weiterhin als eindeutige Favoritin. Bis zur Urabstimmung der Parteimitglieder am 16. November sind noch zwei weitere gemeinsame Fernsehauftritte sowie drei Diskussionsrunden mit Parteimitgliedern geplant.

18.10. Das Strafgericht in Marseille verurteilt den Parteivorsitzenden der rechtsextremen Partei MNR, Bruno Mégret, und seine Frau Catherine zu einer Bewährungsstrafe von acht Monaten, einer Geldstrafe von jeweils 8 000 Euro sowie zu einem Jahr Nichtwählbarkeit wegen der Veruntreuung von öffentlichen Geldern in der Gemeinde von Vitrolles, in der Catherine Mégret von 1997 bis 2002 das Amt der Bürgermeisterin innehatte.

19.10. Knapp ein Jahr nach dem Beginn der Vorstadtunruhen setzt Premierminister de Villepin eine Agentur für sozialen Zusammenhalt und Chancengleichheit ein, die sich insbesondere im Bereich der Bildung und bei der Arbeitssuche in den Vororten engagieren soll.

25.10. Das kanadische Unternehmen Bombardier kann sich in der Ausschreibung um die Erneuerung der Vorortzüge in Paris gegen den französischen Mitkonkurrenten Alstom durchsetzen. Bombardier schließt einen Vertrag über vier Milliarden Euro mit der SNCF ab, der die Bestellung von 720 Zügen und eine Option auf weitere 200 Züge vorsieht. Positiv für die französische Wirtschaft wird gewertet, dass die Züge in Valenciennes (Nord) gebaut und insgesamt 1 500 neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Bombardier kündigt zudem an, Alstom in das Projekt einzubinden.

25.–28.10. Staatspräsident Chirac spricht bei einem Besuch in China den „bedauerlichen“ Zwischenfall an der chinesischen Grenze Ende September an, bei dem chinesische Grenzsoldaten mindestens eine junge Tibeterin erschossen hatten, die sich auf der Flucht nach Nepal befand. Er wiederholt nachdrücklich die EU-Forderung, den Zwischenfall zu untersuchen. Während der viertägigen Chinareise der französischen Delegation werden Handelsabkommen in Höhe von mehr als fünf Milliarden Euro abgeschlossen. Dazu zählen die Verträge zwischen Peking und dem französischen Flugzeughersteller Airbus über den Kauf von 150 Maschinen der Familie A 320 sowie der Bau eines Montagewerks in der chinesischen Stadt Tianjin. Alstom, Suez und EDF schließen ebenfalls bedeutende Verträge ab.

28.10. Ein Jahr nach dem Beginn der Vorstadtunruhen zündet eine Gruppe von Jugendlichen in Marseille einen Linienbus an. Eine 26-jährige Studentin erleidet schwere Verbrennungen. In den letzten beiden Wochen waren bereits mehrere leere Busse in Pariser Vororten in Brand gesetzt und Polizisten angegriffen worden. Premierminister de Villepin setzt nach dem Vorfall in Marseille ein Treffen im Matignon über die Sicherheit der öffentlichen Verkehrsmittel an. Innenminister Sarkozy schickt zwei zusätzliche Kompanien der Bereitschaftspolizei in die südfranzösische Stadt.